

Das neoliberale Window of Opportunity

Zur Radikalisierung des europäischen Neoliberalismus in der Krise

Als die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ausgebrochen ist, wurde sie von vielen Linken als Chance begriffen. Zentrale Segmente der dereguliertesten aller Märkte, der Finanzmärkte, sind in sich zusammengebrochen und haben immer weitere Bereiche der Finanz- und Realwirtschaft mit sich in den Abgrund gerissen. Es wurde für jeden sichtbar, dass das System des entfesselten, neoliberalen Kapitalismus nicht funktioniert. In dieser historischen Situation sah man die Chance, Druck aufzubauen und Veränderungen durchzusetzen, die die Welt ein wenig besser machen: strenge Finanzmarktregeln, eine Zerlegung der größten Investmentbanken und eine Wohlstandsumverteilung von oben nach unten. Darüber, ob es dieses *Window of Opportunity* tatsächlich gab, kann man streiten. Klar ist jedoch, dass es ungenutzt blieb.

Und mittlerweile kommt alles noch schlimmer. Denn die zweite Phase der großen Krise stellt sich als Window of Opportunity des phasenweise schon totgesagten Neoliberalismus heraus. Dessen AnhängerInnen verstehen es derzeit offenbar ziemlich gut, ihre *historische Chance* zu nutzen.

Ursachen der Eurokrise

Diese zweite Phase der großen Krise ist die Eurokrise. Der Name Eurokrise hat sich zwar durchgesetzt, aber eigentlich ist er irreführend. Mehr als um eine Krise der Währung Euro, handelt es sich hier um eine Schuldenkrise der Euroländer. Sehr vereinfacht gesagt, hat diese Krise drei Ursachen. Diese werden im Folgenden kurz dargestellt. Anschließend wird auf die politischen Konsequenzen und damit das neoliberale Window of Opportunity eingegangen.

Die erste Ursache wurzelt in der Art, wie die Europäische Integration organisiert ist. Es wurde eine gemeinsame Geldpolitik eingeführt. Auf eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde bislang aber verzichtet. Dieses Modell führt unweigerlich dazu, dass bestehende ökonomische und soziale Ungleichgewichte weiter zugespitzt werden. Die besser aufgestellten, wettbewerbsfähigeren Länder, allen voran Deutschland, erzielen Exportüberschüsse, weil sie vergleichbare Produkte und Dienstleistungen günstiger anbieten können als andere. Die weniger wettbewerbsfähigen Länder in Süd- und Osteuropa haben dafür Jahr für Jahr Defizite in der Handelsbilanz. Sie importieren mehr als sie exportieren. Umgekehrt fließt deswegen Jahr für Jahr mehr Geld aus dem Land als welches rein fließt. Die Folge ist eine immer weiter steigende öffentliche und private Verschuldung. Allein diese Zusammenhänge bedeuten, dass eine Schuldenkrise irgendwann in irgendeiner Form unausweichlich war.

Die zweite Ursache ist eine Folgewirkung der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Durch diese Krise wurden die Haushalte aller Länder stark belastet. Es kam zu Steuerausfällen, große Konjunkturpakete wurden geschnürt und viele Banken mit öffentlichen Geldern vor dem Bankrott gerettet. Dadurch sind in allen Ländern die öffentlichen Schulden steil angestiegen. Für die Defizitländer, die schon davor hohe Schuldenstände hatten, ist das natürlich besonders problematisch.

Die dritte Ursache knüpft hier an. Sie besteht im Fehlen einer effektiven Regulierung und demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte. Den SpekulantInnen ist es erlaubt, riesige Kredite aufzunehmen und mit entsprechend großem Einsatz auf die Pleite von Staaten bzw. den Wertverlust der Staatsanleihen zu wetten. Weil der Einsatz so groß ist, lösen sie damit eine Dynamik aus, durch die ein solcher Wertverlust sehr wahrscheinlich wird. Ein gutes Geschäft, das keineswegs neu ist. Um die Jahrtausendwende waren zahlreiche asiatische und lateinamerikanische Länder von ganz ähnlichen Attacken betroffen. Neu ist nur, dass gegen Staaten der Europäischen Union spekuliert wird. Dass diese so angreifbar wurden, ergibt sich aus der hohen Verschuldung in Folge von Steuerausfällen, Bankenrettungsaktionen und Konjunkturpaketen.

Bisherige politische Konsequenzen

In einer solchen Situation sind sich natürlich alle einig: es muss etwas passieren. Daraus ergibt sich die Chance, sehr schnell sehr weitreichende politische Entscheidungen zu treffen. Dabei ist es gar nicht so wichtig, dass die Maßnahmen tatsächlich ein Potenzial haben, die Krise zu überwinden und/oder künftige Krisen zu verhindern. Wichtig ist nur, dass der Eindruck entsteht, dass jetzt in der Politik endlich mal die Ärmel hochgekrempt werden, um ohne lange Diskussionen mal richtig anzupacken. Darin besteht das neoliberale Window of Opportunity. In der Tat wird derzeit ziemlich viel umgekrempelt, ohne dass groß darüber diskutiert wird.

Den Anfang haben die Sparpakete gemacht, die in allen europäischen Ländern beschlossen wurden. Es scheint auf der Hand zu liegen: wenn die Schulden zu hoch sind, muss gespart werden. Es wurden also in einer Weise die Ausgaben gekürzt, wie sie ohne die Krise kaum durchsetzbar gewesen wären. In kaum einem europäischen Land kam es im vergangenen Jahr nicht zu massiven Kürzungen bei Gehältern im öffentlichen Dienst, Arbeitslosenunterstützung, Renten und anderen finanziellen Leistungen des Staates.

Das deutsche Sparpaket, zum Beispiel, hat ein Volumen von rund 80 Milliarden Euro, die innerhalb von drei Jahren eingespart werden sollen. Knapp die Hälfte davon wird bei den Sozialausgaben weggekürzt. Der allergrößte Teil davon wiederum trifft direkt die Ärmsten der Gesellschaft: die EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II.

Doch noch wesentlich härter wurden die Menschen in jenen Ländern getroffen, die bereits von den Finanzmärkten aus attackiert werden, also vor allem Süd- und OsteuropäerInnen. Die Sparmaßnahmen in diesen Ländern haben die Menschen binnen weniger Monate mit durchschnittlichen Einkommensverlusten von rund 20 Prozent konfrontiert. Nun handelt es sich bei den meisten dieser Länder ohnehin um jene, mit der größten Armutproblematik in Europa. Dieses soziale Ungleichgewicht wird sich durch die Sparpolitik radikal verschärfen.

Die besondere Radikalität der Maßnahmen in Süd- und Osteuropa war zum einen deswegen möglich, weil die Krise dort heftiger ausfiel. Zum anderen war sie möglich, weil die unmittelbare finanzielle Not in diesen Ländern zu einer weitreichenden Beschneidung demokratischer Spielräume geführt hat. Durch die spekulativen Attacken sind die Kreditzinsen für diese Länder an den Finanzmärkten binnen kürzester Zeit in eine unerträgliche Höhe geschneit. Griechenland, zum Beispiel, muss seither deutlich über zehn

Prozent Zinsen für seine langfristigen Staatsanleihen bezahlen. Zum Vergleich: Der Zinssatz für deutsche Staatsanleihen liegt konstant bei ca. drei Prozent. Deswegen brauchte es Kredite, die nicht über die Finanzmärkte laufen. In diese Lücke sind die EU und der Internationale Währungsfonds (IWF) gesprungen. Sie haben Kredite zu Zinssätzen vergeben, die irgendwo zwischen den normalen Zinssätzen für Staatsanleihen und jenen, die aktuell an den Märkten zu zahlen wären, lagen. Allerdings wurden die Kredite nur unter der Auflage gewährt, dass radikale Sparprogramme aufgelegt werden. So wurde die Demokratie in Süd- und Osteuropa stellenweise abgeschafft. Es waren nicht mehr die demokratisch legitimierten Parlamente, die über den Haushalt zu entscheiden hatten, sondern die Bürokratien von EU und IWF. Auch das ist übrigens nicht neu: in den 1980er und 1990er Jahren wurden genau auf diese Weise zahlreiche weniger entwickelte Länder im globalen Süden in ihrer Entwicklung um viele Jahre zurückgeworfen. Neu ist nur, dass es nun mitten in Europa passiert.

So logisch Sparmaßnahmen aufgrund der hohen Schulden zu sein scheinen, so falsch ist eine entsprechende Politik. Die Sparmaßnahmen haben inakzeptable soziale Folgen bis hin zur Massenverarmung großer Bevölkerungsteile. Ferner verunmöglichen sie eine wirtschaftliche Erholung auf viele Jahre hinaus. Die folgenden Kaufkraftverluste führen zu einer weiteren Schwächung der krisengebeutelten Volkswirtschaften. Wenn weniger gekauft wird, braucht es auch weniger Beschäftigte, die etwas produzieren. Dadurch sinken die Einkommen weiter, die Arbeitslosigkeit steigt, die Sozialausgaben steigen, die Steuereinnahmen gehen zurück, es kommt zu weiteren Kaufkraftverlusten etc. Eine kaum zu durchbrechende Abwärtsspirale setzt ein.

Dabei gibt es gute Alternativen. Ein Haushalt kann nicht nur durch die Senkungen der Ausgaben saniert werden, sondern auch durch eine Steigerung der Einnahmen. Durch eine Vermögenssteuer zum Beispiel. Oder durch die Bekämpfung von Steuerflucht. Oder auch durch eine Beteiligung der Gläubigerbanken an den Krisenkosten, die sie mit ihren wahnwitzigen, spekulativen Geschäften mit verursacht haben. All das hätte eine Menge Vorteile: die oben beschriebene Abwärtsspirale würde nicht in Gang gesetzt werden, es würden nicht jene belastet werden, die ohnehin am wenigsten haben und es würde dem Verursacherprinzip besser Rechnung tragen. Denn die Kosten der Krise lägen dann bei jenen, die jahrzehntelang von deregulierten Finanzmärkten profitiert und die mit ihren Geschäften die Krise erst verursacht haben. Außerdem würde die Wohlstandsverteilung ein wenig gleicher werden. Nach zwei Jahrzehnten Neoliberalismus ist das bitter nötig.

Reformen der europäischen Integration

Mittlerweile befinden wir uns bereits in der nächsten Phase der effektiven Nutzung des neoliberalen Window of Opportunity. Die Sparpakete sind beschlossene Sache, wenn auch in einigen Ländern mit immer neuen Paketen immer weiter nachgelegt wird. In der aktuellen Phase stehen weniger die Haushalte der Mitgliedsstaaten im Zentrum, sondern die Spielregeln der Europäischen Integration (die allerdings einen starken Bezug auf die nationalstaatlichen Haushalte nehmen).

Eine Einsicht die mittlerweile fast jeder teilt ist, dass die geldpolitische Integration, um eine wirtschafts- und sozialpolitische Integration ergänzt werden muss. Und weil viele Linke das schon lange so sehen, haben sich viele Linke auch darüber gefreut, dass die EU nun endlich

eine gemeinsame Wirtschaftsregierung bekommt. Doch wirtschafts- und sozialpolitische Zusammenarbeit ist nicht per se gut. Was sie unter den gegebenen politischen Kräfteverhältnissen bedeutet, zeigt die Realität der aktuellen politischen Prozesse ganz eindeutig.

So wurde im ersten Schritt bereits im Juni 2010 das *Europäische Semester* beschlossen. Von 2011 an müssen die Mitgliedsstaaten in jedem Frühjahr ihre mittelfristige Finanzplanung der Europäischen Kommission vorlegen. Diese wird die Pläne dann prüfen und Empfehlungen aussprechen, um drohende Ungleichgewichte in den Haushaltsplänen der Mitgliedsländer frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen. Was das in der Realität bedeutet, wird sich teilweise bald in der ersten Runde zeigen. Allerdings werden die Konsequenzen des Semesters dann voraussichtlich unterschätzt werden. Es ist davon auszugehen, dass viele Mitgliedsländer vorsorglich eine kommissionskonformere Haushaltspolitik durchführen werden, damit es gar nicht erst zur Empfehlung und der damit einhergehenden Öffentlichkeit kommt. Schließlich will man ja kein Misstrauen bei den Finanzmärkten schüren, weil sich das in schlechten Ratings, steigenden Zinssätzen und im Extremfall sogar spekulativen Attacken niederschlagen kann.

Sanktionen durch die EU sieht das Semester nicht vor. Diese ergeben sich allerdings aus dem Druck der Finanzmärkte und anderen Maßnahmen im Bereich der aktuellen Reformprozesse, auf die an späterer Stelle noch eingegangen wird. Insgesamt ist das Europäische Semester aus den gleichen beiden Gründen problematisch, wie die Sparpakete: es führt zu Sozialabbau und damit zu Armut, und es baut die Demokratie ab, indem haushaltspolitische Kompetenzen von den demokratisch legitimierten Parlamenten in die EU-Bürokratie verlagert werden.

Der zweite Schritt wurde im März 2011 mit der Verabschiedung des *Paktes für den Euro* gemacht. Alle Länder der Eurozone, sowie fünf weitere europäische Länder, haben sich dabei darauf geeinigt, ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik stärker zu koordinieren. Das ist für sich genommen löblich, denn wie bereits dargestellt wurde, besteht in den sozialen und ökonomischen Ungleichgewichten innerhalb Europas ein zentrales Problem. Die Frage ist nur, in welche Richtung eine solche Koordination geht. Orientiert man sich an jenen Ländern mit den höchsten Standards um eine Angleichung auf hohem Niveau zu erreichen oder senkt man die Standards koordiniert immer weiter ab, um die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten EU um jeden Preis zu erhöhen. Dass der Pakt ursprünglich *Pakt für Wettbewerbsfähigkeit* hieß und dass die deutsche Regierung, also jene eines der wettbewerbsorientiertesten Länder der Welt, die treibende Kraft war, legt nahe, in welche Richtung die Reise gehen soll.

Der Verdacht, dass hier ein Abwärtstrend bei den Sozialstandards in Gang gesetzt wird, bestätigt auch die konkrete Ausgestaltung des Paktes. So steht da zum Beispiel drin, dass das Renteneintrittsalter an die demographische Entwicklung angepasst werden soll. Das bedeutet faktisch eine koordinierte Anhebung des Renteneintrittsalters ungeachtet der extrem schwierigen Arbeitsmarktsituation für ältere Arbeitssuchende und dem ohnehin immer größer werdenden Problem der Altersarmut in vielen Mitgliedsländern der EU. Weiter steht im Pakt, dass die Lohnentwicklung an die Produktivitätsentwicklung angepasst werden soll. Das wiederum bedeutet faktisch, dass die Inflation bei der Lohnentwicklung unberücksichtigt bleiben soll, was tendenziell zu rückläufigen Reallöhnen führen wird. Darüber hinaus enthält

der Pakt noch eine ganze Reihe fiskalpolitischer Harmonisierungsabsprachen, die ebenfalls wenig erfreulich sind, deren detaillierte Abhandlung an dieser Stelle aber zu umfassend werden würde.

Was als nächstes kommt

Soweit der Stand der Dinge. Aber es sind weitere Reformen in der Mache. So sollen nach dem Willen der EU-Kommission Ende Juni 2011 noch eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und ein Mechanismus gegen ökonomische Ungleichgewichte beschlossen werden. Diese Maßnahmen würden das Paket der Umstrukturierung der *European Economic Governance* hin zu einem Modell des radikalisierten Neoliberalismus abrunden. Hier ist noch nicht alles entschieden. Es gibt also noch einen gewissen Spielraum im politischen Prozess.

Bei der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sollen zum einen die Verschuldungskriterien und zum anderen die Sanktionen verschärft werden. Die bisherigen Kriterien, nach denen der Schuldenstand eines Landes nicht mehr als 60 Prozent und die Neuverschuldung nicht mehr als drei Prozent des Inlandsproduktes betragen darf, sollen bspw. um eine Ausgabenregel ergänzt werden, nach der die öffentlichen Ausgaben nicht mehr über dem mittelfristigen Wachstum des Inlandsproduktes liegen dürfen. Die Entwicklung der Einnahmen spielt dabei keine Rolle. Dadurch werden die Möglichkeiten der Umverteilung von oben nach unten enorm eingeschränkt. Dazu ist es nämlich nötig, sowohl die Einnahmen durch Steuern als auch die Ausgaben für Sozialstaatlichkeit zu erhöhen. Geschieht beides in gleichem Maße, verläuft die Umverteilung haushaltsneutral. Wenn aber nur die Ausgaben betrachtet werden, ohne dass die Einnahmen gegengerechnet werden, werden die Spielräume sinnlos eingeschränkt.

Zudem sollen die Sanktionen verschärft werden. Potenzielle Strafzahlungen sollen sich künftig auf 0,2 Prozent des Inlandsproduktes belaufen. Da derzeit alle Euroländer infolge der Finanzkrise einen zu hohen Schuldenstand aufweisen, droht diese Sanktion grundsätzlich allen. Im Falle von Deutschland belief sich eine solche Strafzahlung auf mehr als vier Milliarden Euro.

Solche Maßnahmen lassen sich in der Krise sehr gut begründen. Der öffentliche Diskurs ist bestimmt von Staaten die (selbstverschuldet) nahe am Bankrott sind und dramatischen, kostspieligen Rettungsaktionen. Deswegen sei es nur richtig, wenn die Staaten endlich diszipliniert werden. Zweierlei wird dabei gerne übersehen. Zum einen sind die Schulden derzeit nicht so hoch, weil die Staaten unvernünftig gewirtschaftet haben. Sie sind so hoch, weil durch Bankenrettungsaktionen in großem Stil private Schulden sozialisiert wurden. Zum anderen sind die Schulden vor allem deswegen problematisch, weil sie von SpekulantInnen genutzt werden, um Staaten zu attackieren. Eine naheliegende Alternative läge daher darin, die Banken an den Kosten der Krise zu beteiligen, die Finanzmärkte effektiv zu regulieren und sie durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer im hochspekulativen Bereich umfassend zu schrumpfen.

Ganz unabhängig von diesen Alternativansätzen stellt sich ganz grundlegend die Frage, wie sinnvoll es sein kann, Staaten in finanzieller Not durch horrende Strafzahlungen noch zusätzlich zu belasten.

Beim Mechanismus gegen ökonomische Ungleichgewichte handelt es sich um die Einführung eines Indikatorensets, durch das festgestellt werden soll, ob irgendwo Ungleichgewichte am Entstehen sind, die bekämpft werden müssen. Auch das ist grundsätzlich sinnvoll. Dabei kommt es jedoch sehr stark darauf an, welche Indikatoren gewählt werden, was als Ungleichgewicht definiert wird und was daraus folgt, wenn ein solches Ungleichgewicht festgestellt wird.

Die Festlegung der Indikatoren erfolgt höchst undemokratisch durch *technische Arbeitsgruppen*, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagen. Daher weiß man bisher auch nicht wirklich, wie sich diese Diskussion entwickelt. Aus verschiedenen EU-Papieren lässt sich aber dennoch ein Trend erkennen, der wenig überrascht. So wird es wohl u.a. um das Leistungsbilanzsaldo, die Exportmarktanteile, die Arbeitsstückkosten, die Verschuldung des Privatsektors und den öffentlichen Bruttoschuldenstand gehen. Daraus lässt sich schließen, dass es sich um ein sehr eng gefasstes Set handeln wird, das ausschließlich die Parameter der Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigt. Unberücksichtigt bleiben u.a. Indikatoren, die Aussagen über die Entwicklungen von Steuergrundlage, Arbeitsmarkt, Einkommen, Vermögen und ökologischen Investitionen treffen.

Das Indikatorenset an sich ist also fragwürdig. Selbiges gilt auch für die Konsequenzen, die sich ergeben, wenn die EU-Bürokratie anhand dieser Indikatoren drohende Ungleichgewichte prognostiziert. Dann nämlich erfolgt eine Empfehlung an das betroffene Mitgliedsland, welche Maßnahmen zu ergreifen sind. Das Wort *Empfehlung* vertuscht dabei den wahren Charakter dieses Aktes. Wenn ihr nämlich nicht gefolgt wird, dann kommt es zu finanziellen Sanktionen in Höhe von jährlich 0,1 Prozent des Inlandsproduktes, bis entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Dadurch würde die EU-Bürokratie erstmals die Möglichkeit erhalten, den Mitgliedsländern direkt wirtschafts- und sozialpolitische Vorschriften zu machen. Ein demokratiepolitischer Sündenfall!

Warum das geschieht und was alles nicht geschieht

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die neoliberalen Kräfte in Europa derzeit sehr erfolgreich darin sind, die Krise im Sinne ihrer Interessen auszunutzen. Für Europa bedeutet das Maßnahmen der Ent-Solidarisierung und der Ent-Demokratisierung, die in ihrem Ausmaß kaum zu überblicken sind. Möglich ist das, weil sie faktisch mit keinem relevanten Widerstand auf der europäischen Ebene konfrontiert werden. Zwar gab es in den letzten Monaten immer wieder große und mächtige Streiks und Demonstrationen in einzelnen Mitgliedsländern, aber diese erreichen als Adressaten nur die nationalstaatlichen Regierungen, nicht aber die EU-Institutionen und den IWF. Diese zu attackieren ist ohnehin nicht leicht, da sie nicht demokratisch legitimiert und deswegen auch nicht auf die Gunst von WählerInnen angewiesen sind.

Überhaupt nur gelingen kann das durch mächtigen Widerstand auf der europäischen Ebene. Die sozialen Bewegungen und Gewerkschaften Europas verwenden daher gegenwärtig viel Energie darauf, sich besser zu koordinieren um gemeinsam aktiv zu werden. Das ist nicht einfach und es braucht Zeit. Dennoch ist es absolut unerlässlich und deswegen richtig.

Die Radikalisierung des Neoliberalismus funktioniert in der Krise aber auch deswegen so gut, weil das Argumentationsmuster auf den ersten Blick so bestechend logisch ist. Natürlich lässt es sich gut darstellen, dass gespart werden muss, wenn die Schulden zu hoch sind. Natürlich müssen die Regierungen endlich mal diszipliniert werden, wenn sie es anders nicht verstehen. Eine solche Argumentation ist schwer zu durchbrechen, gerade in einer Zeit, in der kritische Berichterstattung in den Mainstream-Medien kaum noch vorkommt. Was hier notwendig ist, ist das Aufzeigen einer grundlegenden alternativen Vision.

Ein solidarisches, soziales, demokratisches und ökologisches Europa ist möglich. Die Instrumente dafür liegen auf dem Tisch: europaweite Mindestlöhne und Mindeststandards bei den sozialen Sicherungssystemen, gemeinsame Vermögens- und Gewinnsteuern in der EU, eine Finanztransaktionssteuer, deren Aufkommen zwecks Entwicklungshilfe und Klimagerechtigkeit in den globalen Süden transferiert wird, die Ausgabe gemeinsamer Anleihen, sog. Eurobonds, damit kriselnde Staaten an den Finanzmärkten von der hohen Bonität der gesamten Eurozone profitieren können, eine Demokratisierung, die weitreichende Kompetenzen in die Regionen verlagert und Volksentscheide ohne hohe Hürden zulässt, ein entschlossenes Vorgehen gegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht und eine strenge Regulierung der Finanzmärkte, die unter anderem ein Verbot von Hedgefonds, Leerverkäufen und allen Mechanismen vorsieht, mit denen gegen Staaten spekuliert werden kann.

Diese Maßnahmen haben zahlreiche Vorteile. Sie sind machbar, sie helfen, die Krise zu überwinden und künftige Krisen zu verhindern und sie machen die anti-sozialen und anti-demokratischen Maßnahmen, die zur Zeit von den Neoliberalen durchgesetzt werden, überflüssig. Aber sie müssen auf der europäischen Ebene durch kraftvollen Widerstand erkämpft werden. Darin, diesen auf die Beine zu stellen, besteht wohl die größte Herausforderung.

Steffen Stierle, April 2011